

## KOMMENTIERT

## Kriegseinsatz für Partefrieden

Katja Herzberg über die Spaltung bei Labour im Kampf gegen den IS

Es ging um Krieg und Frieden – nicht nur im Text zur Abstimmung über eine Beteiligung Großbritanniens an Luftschlägen gegen den Islamischen Staat (IS) im Unterhaus. Labour-Chef Jeremy Corbyn hatte alle Mühe, im Plenum seine Ablehnung des Militäreinsatzes glaubhaft zu vermitteln. Denn kurz vor dem Parlamentsvotum setzte er den Fraktionszwang aus – um den Frieden innerhalb seiner Partei zu wahren. Die Glaubwürdigkeit des erklärten Pazifisten ist damit erstmals angekratzt.

Aufgrund der Freigabe Corbyns war schon vor Beginn der Debatte im Unterhaus klar, dass eine Mehrheit für die Pläne des britischen Premiers David Cameron stimmen wird – aber wohl auch nur durch diesen Schritt. Immerhin kam Corbyn dem Wunsch der Bevölkerung nach, dürften Kritiker des Altlinks sich freuen. Zumindest in Umfragen sprechen sich die Briten seit den Anschlägen in Paris mehrheitlich für eine Ausdehnung der militärischen Aktivitäten des Königreichs aus. Sie sind jedoch – nur – Ausdruck einer Stimmung.

Für Corbyn ist dies die eigentliche Niederlage. In den ersten zwei Monaten seiner Amtszeit als Labour-Vorsitzender ist es ihm offenbar nicht gelungen, nicht nur weitere Anhänger seiner Partei, sondern auch der britischen Gesellschaft von seinen Prinzipien und seiner Politik zu überzeugen.

## PERSONALIE

## Abgreifer

Von Velten Schäfer

Sie waren ein CSU-Musterpaar. Stets obenauf, per Du mit den Mächtigen, die Sorte von Leuten, denen niemand etwas kann. »Wir sind ein geniales Team«, pries vor ein paar Jahren Bayerns Ex-Staatskanzleichefin, Ex-Arbeits- und Sozialministerin sowie Ex-CSU-Generalin Christine Hadert-hauer in der »Bunten« ihre Ehe mit Hubert Haderthauer, zuletzt Chef der Landesgerichtsärztle in Ingolstadt: »Er gönnt mir meinen Erfolg und ich ihm seinen.«

Nun ist es erst einmal vorbei damit – wegen der Firma Sapor, die Christine und dann Hubert Haderthauer langjährig geführt hatten. Psychiatrisierte Straftäter fertigten für diese hochwertige Modellautos. Der Politikerin, deren Aufstieg einst unaufhaltsam schien, wird nun vorgeworfen, vor Jahren eine heutige Ingolstädter CSU-Stadträtin als Wahlkreismit-arbeiterin über die Firma abgerechnet zu haben, um rund 2500 Euro Steuern zu sparen. Ihre Immunität als Landtagsabgeordnete ist aufgehoben, doch wird sie mit Geldstrafe davonkommen.

Ernster wird es für Hubert Haderthauer, der nun vor Gericht steht. Er soll einen Ex-Gesellschafter durch falsche Angaben zum Unternehmenswert um 85 000 Euro betrogen haben. Wird der 1957 geborene Psychiater verurteilt, kann dies mit Haft geahndet werden. Als gerichtliche Vertrauensperson wird er kaum



Hubert Haderthauer muss sich wegen Betruges verantworten

Foto: dpa/Tobias Hase

weitmachen können. Aktuell ist er suspendiert, wobei es auch um zwischen 1989 und 2002 privat abgerechnete Drogentests geht.

Ob dies rechtens war, ist umstritten. Es fügt sich aber in das Bild eines Abgreifers, der neben dem Beamtenstatus mitnahm, was zu kriegen war. Auch ohne einen Betrug hat es ja ein Geschmäcke, wenn ein Arzt mit viel Macht über forensische Patienten an derlei »Arbeitstherapien« verdient.

Frau Haderthauer stürzte in der Staatskanzlei über das in Bayern nun geflügelte Wort, Sapor sei »ein von Idealismus getragenes Engagement finanzieller Art« gewesen. Doch könnte sie bald wieder oben schwimmen. Schon tönt es aus der CSU, die Opposition klebe an einem Feindbild. Unverdrossen genug scheint sie allemal – der Verdruss liegt beim Bürger.

## Zurück zu den Wurzeln

Simon Poelchau über die Verluste bei der Deutschen Bahn

Einst hatte das politische Berlin viel mit der Deutschen Bahn vor: Sie sollte privatisiert werden und an die Börse gehen. Auf Grund der Finanzkrise wurde daraus nichts. Was blieb, ist jedoch die Ausrichtung ihres Geschäftsmodells auf möglichst viel Profit. Ähnlich wie die auch einst staatliche Deutsche Post sollte die Bahn zum internationalen Logistikkonzern umgebaut werden.

So ganz geklappt hat dies nicht. Das Staatsunternehmen wird dieses Jahr vermutlich einen Verlust von 1,3 Milliarden Euro einfahren, wie sein Chef Rüdiger Grube am Mittwoch bekannt gab. Abschreibungen im Güterverkehr sind schuld. Grube will deswegen wieder zurück zu den Wurzeln des Unternehmens. Besserer Service und mehr Pünktlichkeit beim Fernverkehr sollen es richten. Das ist auch gut so, denn als eine klimafreundliche und günstige Alternative zum Auto hat die Bahn kräftig abgewirtschaftet. Oft ist sie zu spät. Und ein Zugticket von Berlin nach München kostet schnell ein Vielfaches des Preises eines Fluges von der Hauptstadt in eine andere europäische Metropole.

Neue Anzeigetafeln auf den Bahnsteigen und kostenloses WLAN auch in der zweiten Klasse reichen da aber nicht aus. Stattdessen muss sich die Bahn wirklich auf ihre Wurzeln besinnen und als Verkehrsunternehmen wieder ihre Funktion innerhalb der öffentlichen Daseinsvorsorge wahrnehmen. Dies heißt sich jedoch mit der Maxime, möglichst viel Profit zu machen.



Zeichnung: Christiane Pfohlmann

## BRÜSSELER SPITZEN

## Zu spannend, um nur Simulation zu sein

Lilith Diringler über zwei Tage voller Überzeugungsarbeit in der Rolle einer linken Europaabgeordneten

Nur fünf Buchstaben haben und doch steckt so viel dahinter – gemeint ist SIMEP, die Abkürzung für die »Simulation Europäisches Parlament« organisiert von der Jungen Europäischen Bewegung Berlin-Brandenburg. 200 Jugendliche schlüpfen dabei zwei Tage lang in die Rolle eines/r Europaabgeordneten und versuchen im Namen einer Partei und als VertreterIn eines der 28 EU-Länder ihre Meinung durchzusetzen – ich war eine von ihnen. Und kann jeder/m nur empfehlen einmal daran teilzunehmen.

Allerdings ist es harte Arbeit: Fast ohne Pause haben wir die Tage verbracht, uns in die kontroversen Diskussionen zu den Themen TTIP und Entwicklungspolitik geschmissen, den Weg zu einem neuen internationalen Klimaabkommen in Paris angetreten, uns mit Journalisten und Lobbyisten herumschlagen müssen und die Möglichkeit bekommen, mit prominenten Gästen wie Wolfgang Schäuble, Manuel Sarrazin, Martin Schulz und Ralf Wieland zu diskutieren. Durchaus spannend, aber mindestens genauso anstrengend.

Aber auch die inhaltlichen Differenzen ließen so manches Mal daran zweifeln, dass wir uns »nur« in einer Simulation befanden. Wenn wir etwa versuchten, in der Diskussion über das Transatlantische Handelsabkommen zwischen der EU und den USA mit unseren Argumenten möglichst viele Abgeordnete der anderen Fraktionen für uns zu gewinnen, kam unsere Gruppe – die linke GUE/NGL – schnell an ihre Grenzen. Natürlich stimmten sowohl die Liberalen der ALDE, als auch die Christdemokraten der EVP nicht für unsere Position, die gesamten Verhandlungen aufzugeben und auf transparenten und basisdemokratischen Wegen einen Neustart anzupfeilen. Selbst die Sozialdemokraten (S&D), die bisher

in vielen Themen hinter uns standen, votierten überwiegend gegen unseren Änderungsantrag. Schade.

Bereits am Vortag stolperten wir in unserer Fraktion beim Bearbeiten der Entwürfe über viel zu niedrig ange-setzte Ziele, aber auch Formulierungsprobleme wie »so bald wie möglich« oder »alle dazu fähigen Länder«, die uns als GUE/NGL natürlich nicht eindeutig genug waren – wann sollte »so bald wie möglich« sein? In 20, 30



Lilith Diringler (16) lebt in der Nähe von Karlsruhe und besucht die 11. Klasse. Sie nahm an der 17. Simulation Europäisches Parlament (SIMEP) teil.

Foto: Thomas Schmelzer

oder 100 Jahren? Und wer bestimmt, ob es sich bei einem Land nun um ein »fähiges Land« handelt, um Geld für den Klimaschutz und die Entwicklungshilfe abzugeben? Es mussten genauere Formulierungen her. »Wir als Europäer können unsere Probleme nicht einfach auf die ärmeren Länder abwälzen. Außerdem müssen wir jetzt eingreifen. Wir müssen jetzt den Klimawandel stoppen und ärmere und benachteiligte Regionen unterstützen – denn je länger wir warten, desto teurer und aufwendiger wird es und desto schlechter stehen unsere Chancen, es überhaupt noch in den Griff zu bekommen.« Mit derlei Worten und et-

was Verhandlungsgeschick schafften wir es aber immerhin, in manchen Forderungen die ALDE oder auch einzelne Vertreter des rechten Spektrums für unsere Interessen zu gewinnen. Doch auch wenn es mal nicht so gut lief, wie bei TTIP, ließen wir uns von Niederlagen und auch von den teilweise aufkommenden persönlichen Beleidigungen nicht den Spaß an der gesamten Simulation vermiesen.

Hineingeschlüpft in die Rolle einer der Fraktionsvorsitzenden an der Doppelspitze der GUE/NGL stellte ich fest, wie schwierig es ist, insbesondere im Plenum Beschlüsse zu fassen und sich auf Kompromisse zu einigen – und hier sind es gerade einmal 200 SchülerInnen, die sich irgendwie einigen mussten. In Wirklichkeit sitzen im Europäischen Parlament jedoch 751 Politiker – fast unglaublich, wie es da möglich ist, Richtlinien, Verordnungen und Entscheidungen zu beschließen.

Bald schon erklang die Europa-Hymne, um unsere Simulation zu beenden. Gespalten zwischen Bedauern über das Ende und Erleichterung darüber, drei Beschlüsse verabschiedet zu haben, mit denen die meisten zumindest einigermaßen zufrieden sind, kamen wir etwas benommen von der langen Sitzerei noch einmal bei Brezeln und einem Stück des SIMEP-Kuchens zusammen. Nun unterhielten wir uns mit den »wirklichen« TeilnehmerInnen und nicht mit den Rollen, die wir tatsächlich meist sehr überzeugend eingenommen hatten. Es wurden die eigenen Positionen klargestellt, die teilweise um 180 Grad von den gerade vertretenen abwichen, Nummern ausgetauscht und sich schon für das nächste Jahr verabredet, wenn man wieder zu den politischen Themen mitreden will, die die EU derzeit betreiben.

## Von Knalltüten und Kofferphobien

Haidy Damm wundert sich über Ströbeles Vorschlag, nach den Anschlägen von Paris laute Böller zu verbieten

Um es vorweg klar zu sagen: Ich halte Böller für überbewertet. In vielen Fällen sind sie spaßfrei – außer für den Macker (Frauen sind trotz männlicher Form ausdrücklich mit gemeint!), der sich an den erschreckten Gesichtern ergötzt. Da kann schon Hass aufkommen, verstehe ich.

Dennoch verwundert der Vorschlag von Hans-Christian Ströbele. Die graue Eminenz der Grünen ist nicht bekannt dafür, Knalltütenvorschläge zu machen. Jetzt fordert der Bundestagsabgeordnete ein Verbot von lauten Silvesterböllern, weil die Menschen nach den Anschlägen von Paris verunsichert seien und nicht wüssten, »was das ist, was da so fürchterlich bumst«. Bereits nach den Anschlägen auf das World Trade Center gab es solche Forderungen. Auch damals war die Diskussion überflüssig und verlief zurecht im Sand.

Unbestreitbar macht Terror Angst. Ist die Folge dieser Angst Lähmung, kommen solche Vorschläge wie der von Ströbele heraus. Verunsichert sind Menschen momentan auch von herumstehenden Koffern.

Angst hat noch eine weitere Eigenschaft: Sie schärft die Sinne. Diese erhöhte Konzentration sollten wir nutzen, um eine ernsthafte Debatte über Ursachen, Profiteure und Gegenstrategien zu führen.

## IHRE MEINUNG

## Sport ist ein einziges Geschäft

Zu »Olympia geht unter«, 1.12., S. 2

Eigentlich alle, der gegen Olympische Spiele in Hamburg vorgebrachten Argumente, teile ich. Eines kommt aber kaum vor: Die durchgängige Kommerzialisierung des Sports. Sie vor allem stößt mich ab. Um nur ein Beispiel zu nennen: Franck Ribbery vom FC Bayern München »verdiente« in der Saison 2014/15 zwölf Millionen Euro. Das hat mit Sport nichts mehr zu tun. Mit dem heutigen Fußball und dem Leistungssport verbindet mich nichts mehr. Sollte all das bei der Entscheidung der Hamburger nichts zu tun gehabt haben?

Dr. Lothar Schröter, Borkwalde

## Löblicher Akt der Demokratie

Das Nein zur Olympiabewerbung war ein löblicher Demokratieakt, wengleich mich das Ergebnis ärgerte. Ich nehme es fair zur Kenntnis. Finde es aber bedenklich, weil eine Chance für die Sportjugend, die Stadt und letztlich für das Ansehen unseres Landes nicht genutzt wurde.

Sport ist wichtig, aber nicht alles. So auch diese Volksbefragung. Viel wichtiger wäre, wenn es Volksentscheide zu Rüstungsexporten, Kriegseinsätzen und Wirtschaftsembargos gäbe.

Michael Röber, Berlin

## Ein Schlag ins Gesicht der Eberswalder

Zu »Aufgewachsen in einem üblen Nest«, 23.11., S. 13

Es ist unfassbar, zu welchen Äußerungen sich ein »städtischer Koordinator für Toleranz« hinreißen lässt – »übles Nest«... Ein Schlag ins Gesicht jedes demokratisch und weltförmig aufgewachsenen Eberswalders.

Mein Kind, Mitte der 90er in Eberswalde geboren und aufge-

wachsen, hat seine frühe Kindheit sicher nicht in einem »üblen Nest« verbracht.

Keine Ahnung, in welcher »üblen« Gesellschaft der »früher in der Punkszene aktive« (Zitat Deutschland Radio Kultur) Jahns seine Zeit verbracht hat, aber er sollte sich zum einen seiner Verantwortung als Angestellter der Stadt Eberswalde bewusst werden und zum anderen seine persönliche Sicht der Dinge nicht in dieser Art und Weise darstellen.

Michael Drews, Eberswalde

## Geplante Sache

»Moskaus »besondere Maßnahmen«, 30.11., S. 7

Wer die Aufnahmen vom Abschuss des russischen Bombers durch die türkischen Jagdflugzeuge gesehen hat, war vielleicht erstaunt, wie man das auf so gute Fernsehreife bringen konnte. Es stimmt, was im Kommentar von René Heilig (nd 26.11.2015 »Zielsicher vom Himmel geholt«) steht: »Ankaras Luftwaffe hatte auf den Moment zum Abschuss gewartet.«

Das abstürzende Flugzeug, die Piloten an den Fallschirmen, sogar der Beschuss des russischen Rettungshubschraubers wurden gefilmt. Der türkische Präsident aber erklärte, der Abschuss eines türkischen Flugzeugs über syrischem Gebiet sei ein Angriff auf die Türkei. Diese eigenartige Logik passt ins Bild der Türkei: Sie duldet den Kauf des syrischen Erdöls, das der IS an die syrisch-türkische Grenze transportiert, und unterstützt damit die Finanzierung des IS, ist aber Mitglied der von den USA geführten Koalition gegen den IS.

Heinz Gillert, Dresden

Beiträge in dieser Rubrik sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen vor.

## neues deutschland

Erscheint im Verlag Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. (030) 2978-1111, Fax -1600

Internet www.neues-deutschland.de E-Mail redaktion@nd-online.de

Geschäftsführer und Verlagsleiter Olaf Koppe -1611, Fax -1610

Vertrieb/Aboservice -1800, Fax -1630, aboservice@nd-online.de

Anzeigen Geschäftskunden Dr. Friedrun Hardt (verantwortlich) -1841, Sabine Weigelt -1842, Fax -1840, anzeigen@nd-online.de. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 25 vom 1. Januar 2015.

Private Kleinanzeigen -1844, Fax -1840, privatanzeigen@nd-online.de

Redaktionsleitung Tom Strohschneider (Chefredakteur, V.i.S.d.P. -1711, Fax -1710), Wolfgang Hübner (Online -1713), Gabriele Oertel und Regina Stötzl (Wochen nd -1716, -1712), Uwe Sattler (Redaktionsmanagement -1714)

Resorts Olaf Standke (Ausland -1731), Uwe Kalbe (Inland -1759), Jürgen Amendt, Martin Hatzius (Feuilleton -1757, -1765), Sarah Liebigt (Berlin/ Brandenburg -1741), Jirka Grahl (Sport/Service -1727), Susanne Dreistadt (Bild/Herstellung -1826)

Gestaltung/Layout Holger Hinterseher, Michael Pickardt, Wanja Wegener

Ratgeber Jürgen Holz -1772, Peter Kollwe -1773, ratgeber@nd-online.de

Leserbriefe -1724, leserbriefe@nd-online.de

Marketing Rainer Genge -1612, Fax -1610, marketing@nd-online.de

Leserreisen Frank Diekert -1620, Fax -1650, leserreisen@nd-online.de

nd-Shop, Literatur-, Film-, Musik-Service Öffnungszeiten: Montag -Freitag 9 -17 Uhr, Manfred Ibold -1777, Monika Gadegast -1654, Fax -1650, shop@nd-online.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und andere Zusendungen. Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG, Presse-Monitor GmbH, Tel. (030) 28 49 30, www.presse-monitor.de

Bankkonto Berliner Bank, Konto-Nr. 525 950 205, BLZ 100 708 48, IBAN DE81 1007 0848 0525 9502 05, SWIFT (BIC) DEUTDE33

Monatlicher Abonnementspreis (zzgl. einer Zustellkostenpauschale von 0,15 € pro Tag und inkl. MwSt.): 35,00 €; ermäßigtes Abo 19,90 €; Soli-Abo 50,00 €; Online-Abo 20,00 €; weitere Abo-Möglichkeiten, auch Teil-Abonnements, auf Anfrage. Das Abonnement kann bis spätestens drei Wochen vor Ablauf des Inkassozeitraums gekündigt werden (Poststempel). Bei Nichtzustellung ohne Verschulden des Verlags oder bei höherer Gewalt bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Benutzte Agenturen dpa, AFP, SID, epd, IPS

Druck EVERFRANK Berlin GmbH, Ballinstraße 15, 12359 Berlin

Die Auflage von neues deutschland wird von der unabhängigen Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) geprüft.

